

Es geht auch um Datenschutz

Digitalrat: „Regierung arbeitet immer noch mit Briefen“, FR-Politik vom 22.8.

Das Interview mit Katrin Suder, die dem Digitalrat der Bundesregierung vorsteht und während ihrer Zeit als Staatssekretärin im Verteidigungsministerium allem Anschein nach mitverantwortlich war für die Berateraffäre, macht deutlich, dass Lobbyisten unzulässigerweise Aufgaben der Regierung übernommen haben. So spricht sie vom „digitalen Staat“ und beschwert sich, dass die Regierung immer noch Briefe versendet. Anscheinend hat ihr niemand vermittelt, dass der Inhalt der jeweiligen Nachricht sowie deren Weiterverwendung sowohl die Form als auch den Übermittlungsweg wesentlich bestimmen. In Zeiten von Internet und E-Mail geht es eben nicht nur um Schnelligkeit, sondern auch und vor allem um Datenschutz und Vertraulichkeit.

Auch Lagebeurteilungen oder Gesetzesentwürfe der Ministerialbürokratie werden üblicherweise am Computer erstellt und analog der Sicherheitsstufe lokal oder zentral und zumeist passwortgeschützt gespeichert. Entscheidet man sich dennoch für den Papierausdruck und dessen Versand per Brief, soll dadurch einerseits die Vertraulichkeit und andererseits die Beachtung der Priorität sichergestellt werden.

Die Digitalisierung von Arbeitsprozessen setzt deren Feinanalyse und Atomisierung voraus. Allein die Lektüre von Gebrauchsanleitungen von Apple,

Microsoft und anderen Unternehmen der Spitzentechnologie zeigt, dass man selbst dort noch nicht folgerichtig denken und präzise formulieren kann. So ist auch die Begriffserkennung von Google stellenweise katastrophal, was vor allem an der Vermengung von Sachwissen und Kommerzinteressen liegt. Deswegen ist ein gesunder Vorbehalt gegenüber den neuen Techniken berechtigt. Ganz offensichtlich haben sich bewährte Kulturtechniken wie exaktes Denken oder eindeutiges Schreiben noch nicht vollständig auf digitale Ebenen übertragen lassen.

Die digitale Revolution steckt erst in ihren Anfängen und wird auch gravierende Fehlentwicklungen beinhalten. Gerade deswegen ist vor einer schlichten Verabsolutierung zu warnen. Nicht zuletzt werden die Erhebung von und der Umgang mit digitalisierten Daten noch zu erheblichen Konflikten führen, die im äußersten Fall einen Kulturbruch bedeuten könnten. Letzterer wäre die Infragestellung aller Errungenschaften, auf denen eine freiheitliche, solidarische und demokratische Gesellschaft basiert. Frau Suders Kulturbegriff hingegen scheint sich an der Unkultur berüchtigter Schreibtischerlasse zu orientieren. Sollten diese bestimmen, was Digitalisierung ist, wäre die Gesellschaft dem intellektuellen Infarkt bereits sehr nahe.

Klaus Philipp Mertens, Frankfurt

Eine Bastion älterer Hörer

Rundfunkrat, HR2: „Erinnerung an den Auftrag“, FR-Regional vom 27.8.

Es freut mich sehr, dass das Grummeln über die neue Ausrichtung des HR2 anhält. Wenn ich Auto fahre und durch die Programme zappe, bleibe ich unweigerlich bei HR2 hängen. Es gibt immer interessante Beiträge und die Aufmerksamkeit wird wachgehalten und man wird nicht mit Musik eingeschläfert. Das Interview mit dem Programmdirektor hat mich sehr enttäuscht, denn er ist keiner, sondern ein Manager.

Die Idee, Worte oder Sprache in das Internet oder in Podcasts zu verlagern, ist absurd. Anscheinend ist der HR2 die Bastion älterer Hörer – die braucht man nicht. Nicht das ganze Volk ist volkstümlich, es gibt noch welche, die denken und zuhören. Der HR ist ein Meister der Dritt- und Mehrfachverwertung, im Tresor der Konserven findet man immer wieder etwas, das zum x-ten Mal verwendet werden kann. Beispielsweise in Gartensendungen, wo immer Teile alter Sendungen neu gemixt werden und man hofft, dass die Zuschauer mit Tendenz zu Alzheimer es nicht mehr merken. Natürlich kosten Hörfunkjournalisten und Filmemacher Geld, das man zur Bezahlung von Managern dringend anderweitig benötigt. Rüdiger Greiner, Oberursel

Diskussion: frblog.de/hr2

Löbliche Initiative

Zu: „Frankfurt wächst“, FR-Regional vom 17. August

Frankfurt wächst ist ein sehr verdienstvolles Projekt der Frankfurter Rundschau und stößt eine Diskussion an, die schon längst hätte begonnen werden sollen. Dahinter steht die Hoffnung, dass die Akteure im Hintergrund, die die Stadtentwicklung gestalten, bekannt werden. Ich meine nicht die amtliche Stadtplanung, die eigentlich nur nachvollzieht. Dahinter steht auch die Hoffnung, dass sich die Bürgerinnen und Bürger mehr in die Diskussion einbringen können. Wirklich, eine gute Idee der Frankfurter Rundschau.

Aber: Können wir den Daten trauen, die wir zur Darstellung der Situation brauchen?

Nein, können wir nicht; denn die Bundesrepublik Deutschland, im Gegensatz zu den anderen Staaten in Europa, die alle zehn Jahre eine Erhebung durchführen, Österreich erst vor kurzem, führt keine Erhebungen, Volkszählungen, seit 1987 mehr durch. Sondern nur einen sogenannte Mikrozensus, d.h. rund zwölf Prozent der Bevölkerung wird nach ihren subjektiven Eindrücken befragt, die nicht überprüft werden. Die Zahl der Haushalte, wichtig für die Ermittlung des Wohnungsbedarfs, bezieht ihre Daten aus einem Prozent dieses Mikrozensus, das ist Homöopathie, grenzt an „Fake News“.

Hat die Volkszählung, die Gebäude- und Wohnungszäh-

lung, die Arbeitsplatzerhebung, kleinräumige Daten geliefert bis zum Hausblock, so liefert der Mikrozensus nur eine Zahl für die ganze Stadt, man weiß Genaueres über Glashütten, aber nicht zum Beispiel über Bornheim.

Als zwei Bundesländer gegen den Mikrozensus klagten, hat Herr Voßkuhle, der Präsident des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe, dazu in etwa gesagt: die Volkszählungen seien zu teuer (was eigentlich nicht sein Thema ist) und würden zu sehr in Privatsphäre eingreifen. Wie kann er als Jurist so etwas beurteilen?

So wissen wir nichts Genaues, ist auch nicht gewünscht; denn so kann jeder Politiker etwas behaupten und keiner kann widersprechen, da er über keine Daten verfügt.

Die Städtestatistiker haben dieses Urteil sehr bedauert, sie bemühen sich nach Kräften, ihrem Auftrag gerecht zu werden, besonders hier in Frankfurt mit den „Materialien zur Stadtbeobachtung“. Wenn man sieht, über welche Daten die Projektentwickler verfügen, wenn man sieht wie Bürger ihre Daten an Facebook, Amazon, Microsoft, Apple usw. bereitwillig abgeben, aber gleichzeitig eine Volkszählung ablehnen, kommt man ins Grübeln.

Viel Erfolg für die löbliche Initiative der FR!

Konrad Mohrmann, Frankfurt